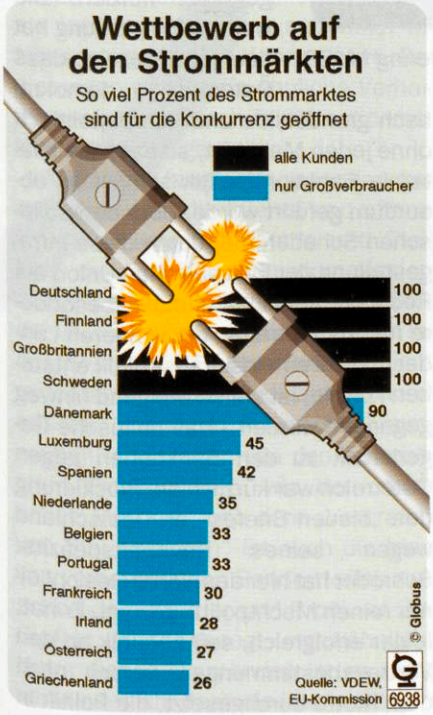
UNION IN EUROPA

CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen Parlament

Nummer 4 · 21. März 2002 · www.cdu-csu-ep.de

EU-Gipfel bringt nur Teilliberalisierung

Die Verbraucher von Strom und Gas warten seit Jahren auf die Einlösung ihres Rechtes, ihren Lieferanten frei zu wählen. Auf dem EU-Gipfel in Barcelona wurde die Liberalisierung des europäischen Energiemarktes wieder verschoben. „In Lissabon beschworen die Regierungschefs, die EU zum wettbewerbsfähigsten Markt zu machen, in Barcelona tun sie das genaue Gegenteil: Märkte werden weiter abgeschottet, Verbraucher bevormundet, Anbietern wird ihr Monopol gesichert.", kritisiert der CDU-Energieexperte Peter-Michael Mombaur. *Seite 6*



Inhalt

Hans-Gert Pöttering:
Versagen der Bundesregierung
Seite 2

Christa Klaß:
Diskriminierung von Frauen
Seite 4

Konrad Schwaiger:
Handelsstreit EU – USA
Seite 5

HANS-GERT PÖTTERING:

Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen

DAS VERSAGEN DER ROT-GRÜNEN BUNDESREGIERUNG IN DER EUROPAPOLITIK

Die SPD geführte Bundesregierung ist längst nicht mehr Motor in der Europapolitik, sondern vielmehr auf dem Rückweg zu einer Politik, die das Gemeinschaftseuropa und seine Errungenschaften zugunsten einer rein nationalen Interessenvertretung auszuhöhlen versucht. Die deutsch-französische Freundschaft, die seit Beginn der Gemeinschaft eigentlicher Antrieb der europäischen Politik der Integration war, wurde daher von Schröder und Fischer sehr schnell auf Eis gelegt. Schröder versucht statt dessen, mit seinem Parteigenossen Tony Blair die eine oder andere Initiative, z. B. kürzlich zur Reform des Rates, auf den Weg zu bringen. Aber Großbritanniens Interessenlage in Europa stützt sich auf andere Grundlagen und kann nicht den deutsch-französischen Motor ersetzen. Allerdings scheint dies eben auch ein Indiz dafür zu sein, dass Schröder und seine Regierung neue Grundlagen der deutschen Europapolitik definiert haben.

Hans-Gert Pöttering MdEP

Die politischen Zeichen für eine solche Wende in der deutschen Europapolitik war schon Anfang 2002 die wenig konstruktive Rolle der Bundesregierung im Zusammenhang mit den Sanktionen gegen Österreich. Hier sollte eine kleines Mitgliedsland für das Ergebnis demokratischer Wahlen ohne irgendeine rechtliche Grundlage auf bilateralem Weg aus der Gemeinschaft ausgegrenzt werden. Die weitere Entwicklung hat dann auch gezeigt, dass Österreich demokratisch grundsolide und europapolitisch ohne jeden Makel ist, so dass die bilaterale Sanktionspolitik schnell ad absurdum geführt wurde. Über den politischen Schaden, der durch diese Infragestellung der Europäischen Union als Rechtsgemeinschaft, und insbesondere für das Vertrauen der kleineren Länder in die Gemeinschaftspolitik entstehen konnte, ist stillschweigend hinweg gegangen worden. Das politische Gegenstück zu den Sanktionen gegen Österreich war kürzlich die Blockierung des „blauen Briefes" an Deutschland wegen seines Haushaltsdefizits. Schröder hat hier das wahre Gesicht einer reinen Machtpolitik gezeigt. Er hat, leider erfolgreich, seine Politik an den Vertragsbestimmungen vorbei nach dem Motto durchgesetzt, die Politik in

der Europäischen Union richtet sich an den Interessen der großen Länder aus und was Große sich erlauben können, wird Kleinen noch lange nicht gestattet.

Eine solche Politik stellt die politischen Grundlagen der Europäischen Union im Kern in Frage. Gleichzeitig erlaubt Schröder sich Kritik an der europapolitischen Orientierung der italienischen Regierung unter Silvio Berlusconi. Wer im Glashaus sitzt sollte nicht mit Steinen werden und wer eine Europapolitik wie Schröder betreibt, sollte sich mit Kritik an europakritischen Äußerungen anderer Regierungen zurückhalten. Leider messen auch die Medien immer wieder mit zweierlei Maß. Wenn Schröder und andere linke Regierungen Grundlagen der Europäischen Union in Frage stellen, wird dies als legitime Vertretung nationaler Interessen gewertet. Konservative Regierungen werden für ähnliche Verhaltensweisen politisch in die antidemokratische Ecke gestellt.

Mittel- und langfristig besonders beunruhigend ist die latente und offene Infragestellung der Rechte und Stellung der Europäischen Kommission durch Bundeskanzler Schröder. Schröder versucht, unter Hinweis auf den Industriestandort Deutschland, in nicht akzeptabler Weise Druck auf die Kommission und ihren Präsidenten auszuüben. Abgesehen von den sprachlichen Entgleisungen, wie der „deutschen Melkkuh" und dem „Verbraten von Steuergeldern" ist auch die Idee von vorbereitenden Sondertreffen zwischen dem Kanzler und Prodi vor EU-Gipfeln, gelinde gesagt, ungewöhnlich. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, dass die internationale Presse in Barcelona schon von einer „Sonderrolle" Deutschlands sprach. Kanzler Schröder hat zwei Dinge nicht verstanden. Erstens, die Aufgabe und Verpflichtung der Kommission als Hüterin der Verträge zur Wahrung des Gemeinschaftsinteresse gegenüber den rein nationalen Interessen einzelner Mitgliedstaaten als Grundlage der Europäischen Union. Wird diese in Frage gestellt, wird die Union dauerhaft nicht mehr funktionieren können, sondern sich zu einem losen Staatenverband des 19. Jahrhunderts mit allen Konsequenzen zurückentwickeln. Zweitens hat Schröder vergessen, dass Deutschland, ob er es will oder nicht, historisch eine besondere Verantwortung in Europa hat. Wer dieser Verantwortung zu Solidarität gerade mit den kleineren Partnerländern nicht mehr nachzukommen bereit ist, gefährdet auch das Vertrauen, dass die europäischen Partner in vielen Jahren europäischer Integrationspolitik in Deutschland gewonnen haben. Die politischen Folgen einer solchen Haltung können Deutschland dauerhaft großen Schaden zufügen.

Bei der Bundestagswahl am 22. September 2002 steht auch die opportunistische Europapolitik der SPD geführten Bundesregierung zur Abstimmung. Es ist zu hoffen, dass sich die Wählerinnen und Wähler für deutsche Verlässlichkeit, wie sie die Europapolitik von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl stets ausgezeichnet hat, entscheiden werden.

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering (CDU Niedersachsen) ist Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament.

CHRISTA KLASS:

Parlament nimmt antireligiösen Bericht gegen Stimmen der EVP an

INITIATIVBERICHT ZU FRAUEN UND FUNDAMENTALISMUS

Das Europäische Parlament hat gegen die Stimmen der EVP-ED-Fraktion den antireligiös geprägten Initiativbericht zu Frauen und Fundamentalismus der sozialistischen Berichterstatterin Izquierdo Rojo angenommen. Der Bericht, den die spanische Sozialistin vorlegte, wurde der komplexen Problemstellung von Frauen und Fundamentalismus nicht gerecht. Zwar leiden viele Frauen unter fundamentalistischer Diskriminierung. Wie gravierend Verstöße gegen die Rechte der Frauen und die Menschenwürde sind, müssen wir auch heute noch in aktuellen traurigen Nachrichten erfahren, die von Steinigungen und sogenannten „Ehrenmorden" sprechen. Deshalb ist eine Auseinandersetzung mit dieser Thematik grundsätzlich zu unterstützen und dringend notwendig. Aber die Diskriminierung von Frauen müssen wir glaubwürdig bekämpfen, um die Anerkennung ihrer Rechte in allen Ländern voranzubringen und dieser Einsatz darf nicht für ideologische Zwecke missbraucht werden.

Christa Klaß MdEP

Der Bericht erweckt den Eindruck als sei Fundamentalismus ausschließlich das Kennzeichen bestimmter Religionen. Völlig unberücksichtigt wurde der politische, gesellschaftliche und ideologische Fundamentalismus, der sich gegen Frauen richtet und verheerende Ausmaße auf deren Lebensqualität hat. Durch diese einseitig antireligiös motivierte Stoßrichtung der sozialistischen Berichterstatterin verfehlt diese aber das wichtige Ziel, das Thema „Frauen und Fundamentalismus" in angemessener Form zu behandeln. Eine solche Verengung widerspricht völlig unserer christlich-ethischen Wertordnung. Glaubensfreiheit und Schutz vor Diskriminierung sind eklatante Teile der Grundrechte und dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Deshalb hat sich die EVP-ED-Fraktion im Ausschuss für die Rechte der Frau und Chancengleichheit für eine eindeutige Ablehnung des Initiativberichts eingesetzt. Widersprüchlich und undifferenziert kann dieser Bericht letzten Endes auch dem Ansehen des Europäischen Parlaments schaden und darüber hinaus setzt die Berichterstatterin die Glaubwürdigkeit des Ausschusses für die Rechte der Frau und Chancengleichheit aufs Spiel und un-

terläuft so den Kampf gegen die Diskriminierung von Frauen insgesamt. Die 30 Änderungsanträge konnten den Bericht auch nicht so weit verbessern, dass ihm zugestimmt werden konnte. In der Endabstimmung hat keiner der EVP-ED-Abgeordneten mit Ja gestimmt. Mit einem Unterschied von lediglich zwei Stimmen wurde der Bericht jedoch von den Sozialisten, auch den deutschen Sozialdemokraten, und weiten Teilen der anderen Fraktionen angenommen.

Christa Klaß (CDU Rheinland-Pfalz) ist Mitglied im Ausschuss für die Rechte der Frau und Chancengleichheit des Europäischen Parlaments.

KONRAD SCHWAIGER:

US-Strafzölle gegen Stahlimport belasten transatlantische Beziehungen

STRAFZÖLLE VERSTOßEN GEGEN REGELN DER WELTHANDELSORGANISATION

Die transatlantischen Beziehungen sind in den vergangenen Jahren regelmäßig Belastungen unterzogen worden. Die Europäische Union und die USA haben aber viele Handelskonflikte auf eine für beide Seiten zufriedenstellende Weise lösen können, weil wir uns im Rahmen der WTO nicht nur verbindlichen Regeln für einen freien und fairen Welthandel unterworfen haben, sondern weil die WTO einzig unter den internationalen Organisationen auch über ein sanktionsbewehrtes Streitbeilegungssystem verfügt.

Konrad Schwaiger MdEP

Mit den nun verhängten Strafzöllen gegen Stahlimporte verlassen die USA aber den gemeinsamen Grund, auf dem Europäer und Amerikaner sich im Rahmen der WTO bislang bewegt haben. Mit großem Unverständnis müssen gerade wir Europäer diese Maßnahme sehen, da sie in erster Linie auf unsere Stahlerzeugnisse abhebt. Fast die Hälfte der europäischen Stahlexporte in die USA sind von diesen Strafzöllen betroffen. Entgegen der Behauptung von Präsident Bush gibt es keine Verdrängung des einheimischen amerikanischen Stahls durch die Importe aus der EU. Im Gegenteil: Unsere Stahlexporte in die USA gingen in den letzten Jahren zurück. Von Dumping kann also keine Rede sein. Darüber hinaus ist damit zu rechnen, dass wir Europäer durch umgelenkte Stahlimporte aus Asien und anderen Kontinenten doppelt unter den

amerikanischen Maßnahmen zu leiden haben. Hierzu sind wir nicht bereit.

Die Europäische Union wird das Spiel der USA nicht unterstützen, die Interessen ihrer Arbeitnehmer gegen die Interessen der Arbeitnehmer der Europäischen Union auszuspielen. Die europäische Stahlindustrie hat in den vergangenen Jahren mit großem Erfolg eine in vielen Phasen schmerzhafte Umstrukturierung hinter sich gebracht. Sehr viele Arbeitsplätze mussten dabei abgebaut werden.

In dieser Frage stehen nicht nur die Chancen für europäische Unternehmen auf dem US-Markt auf dem Spiel sowie die damit verbundenen Arbeitsplätze in den EU-Mitgliedsstaaten, sondern es steht auch der Respekt gegenüber den Regeln der WTO durch eine der beiden großen Handelsmächte der Welt in Frage. Es muss den USA klar sein, dass es nicht in ihrem Interesse sein kann, zu Beginn der DOHA-Handelsrunde das Vertrauen in das multilaterale Regelsystem und das unparteiische Streitbeilegungssystem der WTO zu unterminieren. Es ist in höchster Weise kritikwürdig, dass auch die in dieser Woche stattfindenden Beratungen der OECD über Mengenbegrenzung und Staatsbeihilfen im Stahlsektor von den USA deutlich desavouiert werden.

Dieser Konflikt zeigt auch, dass es ohne einen intensiven transatlantischen Dialog auf parlamentarischer Ebene des Kongresses und des Europäischen Parlaments kaum Chancen gibt, solche willkürlichen Maßnahmen der amerikanischen Administration zu verhindern. Der Dialog der Gesetzgeber auf beiden Seiten des Atlantik erscheint dringlicher denn je.

Dr. Konrad Schwaiger (CDU Baden-Württemberg) ist Mitglied im Ausschuss für Industrie und Außenhandel des Europäischen Parlaments.

EU-Gipfel Barcelona: Verbraucher werden düpiert

Die Verbraucher von Strom und Gas warten seit Jahren auf die Einlösung ihres Rechtes, ihren Lieferanten frei zu wählen. Die Regierungschefs versprechen hohle Worte. In Lissabon beschworen sie, die EU zum wettbewerbsfähigsten Markt zu machen, in Stockholm und Barcelona tun sie das genaue Gegenteil: Märkte werden weiter abgeschottet, Verbraucher bevormundet, Anbietern wird ihr Monopol gesichert.

Besonders kritikwürdig ist die Haltung gegenüber der französischen Blockadepolitik. Für Frankreich wie für alle anderen Mitgliedstaaten muss gelten: alle Anbieter haben europaweit das Recht der Niederlassung und der Warenverkehrsfreiheit, alle Verbraucher das Recht ihren Lieferanten zu wählen. Selbst wenn Frankreich alle Haushaltskunden gleich versorgen will, ist das kein Grund, diese Dienstleistung nur einem Unternehmen zu übergeben, also ein uraltes Monopol aufrecht zu erhalten. Auch diese Leistung kann ausgeschrieben werden, damit der Wettbewerb darüber bestimmt, wer diese Vorgaben am besten erfüllen kann. Dass die Bundesregierung trotz Unterstützung aller anderen Mitgliedstaaten nicht in der Lage war, dem französischen Dirigismus entgegenzutreten, ist ein weiterer Beweis ihres völligen europapolitischen Desinteresses.

Dr. Peter Michael Mombaur MdEP (CDU Nordrhein-Westfalen)

kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

Richard Balfe – Verstärkung für die Fraktion

Eines der dienstältesten Mitglieder des Europäischen Parlaments, **Richard Balfe**, 57, wurde letzte Woche das 233. Mitglied der EVP-ED-Fraktion. Richard Balfe ist seit 1979 Abgeordneter des Europäischen Parlaments und wurde kürzlich zum Quästor des Europaparlaments gewählt. Er vertritt London. Hans-Gert Pöttering, der Fraktionsvorsitzende, und Jonathan Evans, der Leiter der konservativen Delegation hießen Richard Balfe auf der Montagssitzung in der Fraktion willkommen. Er versprach, ein aktives Mitglied der Fraktion zu sein und eine konstruktive Haltung beizubehalten, damit die Positionen der EVP-ED-Fraktion gefördert werden.

Standardisierte Nahrungsergänzungsmittel zum Nutzen der Verbraucher

Das Europäische Parlament hat mit großer Mehrheit den Vorschlägen der EVP-ED-Berichterstatterin, **Emilia Müller** (D), zur Verbesserung der Verfügbarkeit von Nahrungsergänzungen in Form von Vitaminen und Mineralien in allen EU-Mitgliedstaaten zugestimmt.

Die Richtlinie wird den Zugang der Verbraucher zu jeglichen in Form von Kapseln, Tabletten oder Brausepulver eingenommenen Produkten erleichtern und gleichzeitig die Hersteller bei der Festlegung von EU-Mindeststandards für die Ingredienzien unterstützen.

Für Emilia Müller war es vor allem wichtig, „die unterschiedlichen Vorschriften in den Mitgliedstaaten auf gleiches Niveau zu bringen, so dass Hersteller ebenso wie Verbraucher Nutzen aus einem vereinheitlichten europäischen Markt ziehen können."

Die Verbraucher können sich jetzt auf die Sicherheit der Vitamin- und Mineralienpräparate verlassen und die Angaben auf der Verpackung werden nunmehr innerhalb Europas umfassend und einheitlich sein. Da insbesondere auf einem liberalisierten Markt die Sicherheit garantiert werden muss, wird die neue EU-Lebensmittelsicherheitsbehörde für jede Substanz eine Tagesdosierungsempfehlung erstellen, die auf der Verpackung anzugeben ist.

Emilia Müller unterstrich, dass es dem Europäischen Parlament nicht um die Vertretung irgendwelcher Einzelinteressen, sondern allein um eine Sachentscheidung ging. Ihrer Aussage nach habe niemals die Absicht bestanden, Nahrungsergänzungsmittel oder Vitamintherapien im Allgemeinen zu verbieten noch den Verkauf von Vitaminen oder Mineralien in Apotheken einzuschränken. Das Parlament möchte jedoch die Verbraucher vor gefährlichen Dosierungen und unhaltbaren Versprechen schützen. Die Richtlinie tritt unverzüglich in Kraft.

Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion 2001

Der Dokumentationsdienst der EVP-ED-Fraktion hat in Brüssel sein Jahr-

buch 2001 der Presse vorgestellt. Das gesamte Spektrum der Tätigkeiten der stärksten Fraktion im Europäischen Parlament ist in dieser Veröffentlichung in knapper Form zusammengefasst. Das Jahrbuch umfasst elf Kapitel: die EVP-ED-Fraktion – ihre Mitglieder und ihre Organisationsstruktur, die parlamentarische Arbeit, Tagungen der EVP-ED-Fraktion mit führenden Politikern, Newsletters und Sitzungsberichte, externe Sitzungen, den 5. Dialog zwischen der EVP-ED-Fraktion und den orthodoxen Kirchen, die Treffen in Genval, die vorrangigen politischen Themen des Jahres 2001, eine umfassende Liste der Veröffentlichungen der Fraktion, die Aktivitäten der Europäischen Volkspartei und eine chronologische Aufstellung der Ereignisse des Jahres 2001.

Das Jahrbuch liegt in den Sprachen Englisch, Französisch und Deutsch – auch auf CD-ROM – vor.

EU-Haushaltsleitlinien für 2003

Das jährliche Haushaltsverfahren beginnt mit der Debatte über die Leitlinien des Parlaments für den Kommissionshaushalt für das Jahr 2003. Auf der März-Sitzung wurden die politischen Schwerpunkte von der EVP-ED-Fraktion mit großer Mehrheit verabschiedet.

Die Vorbereitung auf die Erweiterung stellt den Themenschwerpunkt für das Parlament dar und vor diesem Hintergrund betonte der EVP-ED-Schattenberichterstatter, **Markus Ferber** (D), die Notwenigkeit der Vorbereitung der Verwaltung auf die EU-Erweiterung und die Finanzierung der entsprechenden Ausgaben im Vorfeld der Erweiterung. Dem Parlament liegt daher viel daran, dass die Verwaltungsreformen der Kommission schnellstmöglich erfolgen und Einsparungen aufgrund der verbesserten Zusammenarbeit der Institutionen ermöglichen.

In seiner Entschließung hat das Parlament die Bedeutung der langfristigen Verpflichtungen für den Wiederaufbau Afghanistans hervorgehoben. Weitere Themen der Außenpolitik umfassen die kontinuierliche Hilfe für den Mittelmeerraum und die Unterstützung für Argentinien. Die Entschließung bringt die Besorgnis über die sich weiter verschlechternde Situation des palästinensischen Volkes und die Zerstörung von mit finanzieller Unterstützung der EU errichteten Gebäuden der palästinensischen Autonomiebehörde durch Israel zum Ausdruck. Als Folge der Terroranschläge des vergangenen Jahres bildet die Verstärkung der inneren Sicherheit in der EU einen neuen Schwerpunkt. Die Innenpolitik betreffend wünscht das Parlament substanzielle Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik und eine Verbesserung bei der Umsetzung der Regional- und Sozialfondsprogramme.

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments. Für den Inhalt verantwortlich: Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-757 75, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0. Herstellung: VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.